I Petition der Dachtmisser und Sorgenser Elternschaft

I.1 **Eine Zuhörerin** hinterfragte die Begründung der Elternschaft, dass die Kinder jetzt in Otze eingeschult werden sollen.

Herr Baxmann antwortete, dass für Elternpetitionen eine Begründung nicht erforderlich sei.

Die Zuhörerin ergänzte, dass die GHS I dadurch zu wenig Schüler habe, das gleiche Problem habe es bereits vor 10 Jahren gegeben. Sie teilte die Sorge, dass in der GHS I zu große Klassen entstünden. Die Schulleitung erfolge derzeit lediglich kommissarisch. Durch das Abwandern der Kinder aus Sorgensen und Dachtmissen habe die GHS I ggfs. das Nachsehen.

Herr Kugel antwortete daraufhin, dass im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport intensiv die Thematik der Zuordnung der Ortschaften Sorgensen und Dachtmissen diskutiert worden sei. Nach einer zuerst kontroversen Diskussion habe es einen einstimmigen Beschlussvorschlag gegeben. Eine ständige Veränderung von Schulbezirken sei keine Absicht, könne aber bei veränderten Rahmenbedingungen auch wieder erforderlich werden. Die Auslastung der Schulen und eine gleichmäßige Schülerverteilung würden angestrebt. **Herr Kugel** bestätigte, dass große Klassenverbände erwartet werden. Die nächste Prognose könne allerdings schon wieder ganz andere Zahlen beinhalten. Er informierte darüber, dass die Besetzung der Schulleitungsstelle der GHS I sich derzeit in einem förmlichen Verfahren befinde. Die Stadt als Schulträgerin sei aufgefordert worden, Stellung zu beziehen. Es handele sich aber um ein Verfahren der Landesschulbehörde und sei als Personalverfahren vertraulich zu behandeln.

II Windenergie

II.1 **Eine Zuhörerin** fragte, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden werde. Wenn das der Fall sei, von wem werde sie durchgeführt.

Herr Lehmann bejahte die Frage. Die für das Verfahren zuständige Immissionsschutzbehörde der Region Hannover werde den Bauvorhabensträger auffordern, Gutachten zu erstellen, z.B. zum Artenschutz, zum Landschaftsbild und vielen weiteren Belangen.

II.2 **Ein Zuhörer** führte aus, dass einige Verbände von deutlichen Wertminderungen für Immobilien im Bestand in den Vorranggebieten für Windenergie sprechen. Er fragte, wie und anhand welcher Kriterien die Stadt den wertmindernden Einfluss auf die Auswahl dieser Gebiete beurteile.

Herr Baxmann stellte die Ausführungen der Verbände in Frage und antwortete, dass es kein Verfahren zur Feststellung von Wertminderungen gebe.

Der Zuhörer fragte ergänzend, ob Wertminderungen nach heutigem Kenntnisstand ausgeschlossen werden.

Herr Baxmann bejahte die Frage. Innerhalb der gesetzlichen Regelungen sehe er keinen Einfluss auf den Wert einer Immobilie.

II.3 **Eine Zuhörerin** teilte mit, dass sie eine Informationsveranstaltung zum Thema Windenergie besucht habe, die Gefahren, die von Infraschall ausgehen, hätten sie schockiert. Sie fragte, ob die Stadt nicht erst Gutachten abwarten wolle, die das Thema Infraschall berücksichtigten, bevor eine Entscheidung zum Abstand zur Wohnbebauung getroffen werde.

Herr Baxmann erklärte, dass manche Informationsveranstaltungen eher zu einer Desinformation führten.

Herr Schulz führte aus, dass er die Gefahren von Infraschall ernst nehme und wies darauf hin, dass Krankenkassen Schäden durch Infraschall seit 2010 anerkannt haben und einen Schlüssel dafür hätten. Er sprach sich dafür aus, die weiteren Ergebnisse abzuwarten.

Herr Lehmann wies auf die Anfrage zum Thema Infraschall auf der Tagesordnung hin. Er ergänzte, dass es wissenschaftliche Studien dazu gebe und Gefährdungen von Infraschall ausgehen können. Studien belegten, dass Infraschall gefährlich sein könne, wenn er wahrnehmbar bzw. hörbar sei. Unwohlsein, Konzentrationsstörungen und Schlaflosigkeit seien mögliche Folgen. Den Interessierten riet er zu einer Besichtigung der Windkraftanlage in Niedernstöcken. Nach aktuellen Erkenntnissen bestehe bei der Einhaltung der Abstände keine Gefährdung durch Infraschall.

II.4 **Ein Zuhörer** wies auf ein Gutachten des Geoforschungsinstituts hin, in dem bei Hannover ein Windrad durchgetestet wurde. Er stellte die Ausführungen von Herrn Lehmann in Frage.

II.5 **Eine Zuhörerin** fragte, ob sie Herrn Lehmann einen Bericht mit dem Titel „Gefährdung durch Infraschall – Wie ist der internationale Stand des Wissens" zukommen lassen dürfe.

Herr Lehmann bejahte die Frage.

III <u>Erstattung der Kindergartengebühren</u>

III.1 **Ein Zuhörer** erklärte, dass in der Presse kommuniziert worden sei, dass in der städtischen Satzung eine rechtliche Grundlage fehle und dadurch keine Gebührenerstattung erfolge. Er fragte, ob der Rat/die Verwaltung entgegen dieser Veröffentlichung vorhabe, Gebühren zu erstatten.

Herr Kugel informierte darüber, dass Verdi der Stadt am heutigen Tage mitgeteilt habe, dass es einen unbefristeten Streik über den 26.5. hinaus geben werde. Er bat um Geduld und sagte die wohlwollende Prüfung der Gebührenerstattung zu.

IV <u>Gudrun-Pausewang Grundschule</u>

IV.1 **Eine Zuhörerin** fragte, warum das Neubaugebiet in Hülptingsen aus dem Schulbezirk der Gudrun-Pausewang Grundschule heraus genommen worden sei. Sie kritisierte dieses Vorgehen und sprach sich für eine Mischung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund aus. Die Gudrun-Pausewang Grundschule sei u.a. Schwerpunktschule für Integration.

Herr Kugel antwortete, dass ein Ratsbeschluss herbeigeführt worden sei, wonach der Neubau der Gudrun-Pausewang Grundschule 3-zügig ausgelegt werde. Dadurch werde die Änderung der Schuleinzugsbezirke erforderlich. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass die GHS I nach Auslaufen der Hauptschule nur noch eine Grundschule sein werde. Um dann die dortige Infrastruktur auszulasten und die Schülerströme zu regeln, mache es Sinn, die gesamte Ortschaft Hülptingsen in die GHS I zu verlagern. Das Herauslösen einzelner Straßenzüge oder gar Straßenseiten sollte vermieden werden.